

# Zukunft Stadt – Stadtpolitik im vereinten Europa

*Dieter Althaus, MdL*

Herzlichen Dank für die Einladung und die Debatte am heutigen Vormittag hat deutlich gemacht, wo die Entwicklungswege für unsere Städte liegen.

Eine Vorbemerkung im Nachgang zur Diskussion gestatten sie mir.

Es wird keine neue Gebietsreform geben, wir haben sie 1994 durchgeführt. Die Kommunalordnung in Thüringen hat sich bewährt und es muss uns um die Weiterführung der Funktionalreform gehen. Dabei stehen Themen wie Größe der Gemeinde, Aufgaben in Verwaltungsgemeinschaften, Stärkung von Städten in bestimmten Umlandsituationen z.B. Heiligenstadt, Worbis, Dingelstädt und die Weiterentwicklung des kommunalen Wirtschaftsrecht auf der Tagesordnung.

Lassen Sie mich nun zum Thema mit einem kurzen Ausflug in die europäische Geschichte beginnen:

Städte hatten und haben eine besondere Bedeutung für die Regionalentwicklung und Regionalidentität.

Kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Aspekte sind hier auch historisch belegt vielfältig.

Es waren Städte, die von der Frühzeit an das Gesicht unseres Kontinents maßgeblich geprägt haben. In den antiken griechischen Stadtstaaten wurden die Grundlagen der europäischen Staatsphilosophie entwickelt, der Begriff „Politik“ weist auf diesen Ursprung in der griechischen „Polis“ bis heute hin. In Athen entstanden die Wurzeln des europäischen Denkens, Rom wurde für Jahrhunderte zum Zentrum der christlich-abendländischen Welt. In Südeuropa, wo die urbane Tradition der Antike stärker nachwirkte, bestimmten im Mittelalter starke Städte die Geschicke ganzer Regionen. Sie förderten durch ihre Beziehungen zu weit entfernt liegenden Handelspartnern nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch den kulturellen Austausch.

Nördlich der Alpen, hier sind die ersten Stadtgründungen erst im 1. Jahrhundert nach Christus durch die Römer zu verzeichnen (Köln, Trier), erlangten die Städte wesentlich später als in Südeuropa eine vergleichbare Bedeutung. Trotzdem bestimmten sie auch hier bald Richtung und Geschwindigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Ihre bis heute dominierende Rolle erreichten die Städte in Mitteleuropa

durch die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert als Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum massenhaft in die Städte, insbesondere der Industriezentren, strömten und dort einen enormen Bevölkerungszuwachs erzeugten, denken Sie an das Ruhrgebiet.

Das rasante Wachstum der städtischen Bevölkerung brachte aber eine Fülle von Problemen mit sich, denen man mit gezielter Stadtplanung zu begegnen suchte. Zahlreiche zukunftsweisende Lösungen wurden dabei gefunden, aber auch viele Irrwege beschritten. Das gilt sowohl für die Zwischenkriegszeit als auch für die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich vielen der stark zerstörten Städte die Chance zur Um- oder Neugestaltung im Zuge des Wiederaufbaus bot. Die Leitfragen, die dabei bestimmend waren, sind trotz unterschiedlicher Voraussetzungen in den verschiedenen europäischen Staaten und trotz neuer technischer, wirtschaftlicher, sozialer und demographischer Entwicklungen bis heute im Grunde die gleichen geblieben.

Durch die Globalisierung hat der Wettstreit, auch der Wettstreit um die besten Köpfe zugenommen.

- Wie müssen Städte gestaltet sein, damit sie hinsichtlich der Versorgung mit Waren, Dienstleistungen sowie Freizeit- und Kulturangeboten ein möglichst hohes Maß an Lebensqualität ermöglichen?
- Wie können die Verkehrsströme zum Transport von Gütern und Menschen geregelt und organisiert werden?
- Wie sollen ausreichende Kapazitäten an Wohnraum für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden und wie ist die notwendige Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen oder zu sichern?
- Wie kann möglichst schnell, flexibel und angemessen auf Veränderungen in den verschiedenen Bereichen reagiert werden, von denen die Stadtentwicklung beeinflusst wird?
- Wie können gemeinschaftsstiftende und gemeinschaftsstabilisierende Elemente in Städten geschaffen und gestärkt werden?

Bevor ich versuche, zu diesen Fragen einige Hinweise zu geben, zuerst einige Fakten zur Situation der Städte in Thüringen:

Thüringen verfügt über keinen Ballungsraum wie das Rhein-Main-Gebiet, das Ruhrgebiet oder den Großraum Stuttgart. Nur zwei Städte, Erfurt und Gera, haben mehr als 100.000 Einwohner. Jena liegt knapp unterhalb dieser Grenze. Alle übrigen kreisfreien und kreisangehörigen Städte sind kleiner. Die drei genannten Städte bilden die Thüringer Oberzentren, um die sich die drei einzigen „Verdichtungsräume“ des Landes befinden, das sind Gebiete mit besonders hoher Konzentration von Bevölkerung, Infrastruktur und ähnlichem. In diesen „Verdichtungsräumen“ lebt in Thüringen etwa jeder fünfte Einwohner, während im Bundesschnitt jeder zweite Bürger in solchen „Verdichtungsräumen“ wohnt. Bereits an diesen Zahlen wird der überwiegend ländlich geprägte Charakter Thüringens, das sogenannte „grüne Herz“ Deutschlands deutlich. Die drei Oberzentren sind Teil der Thüringer Städtereihe, die von Eisenach bis nach Altenburg reicht und in der sich etwa ein Drittel aller Thüringer angesiedelt haben. In den übrigen Landesteilen finden wir vor allem klein- und kleinere Mittelstädte, [Anmerkung: In Deutschland unterscheidet man Kleinstädte, (5.000 – 20.000 Einw.) Mittelstädte, (20.000 – 100.000 Einw.) sowie Großstädte (über 100.000 Einw.)] die Funktionen als Mittelzentren für die umliegenden ländlichen Regionen wahrnehmen.

Diese städtische Siedlungsstruktur ist zu einem guten Teil historisch bedingt, zum einen zurückreichend in die Zeit der fürstlichen Kleinstaaterei auf Thüringer Territorium bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, zum anderen durch die vorrangige Förderung der Bezirksstädte in der DDR mitverursacht. Sie bildet den Ausgangspunkt für die künftige Entwicklung, die – davon bin ich fest überzeugt – in gesamteuropäischem Zusammenhang gesehen werden muss. Denn über eins müssen wir uns im Klaren sein: Der Konkurrenzkampf um wirtschaftliche, ökologische und humane Ressourcen findet heute nicht mehr zwischen den Städten und Gemeinden eines Landes oder Staates statt, sondern er ist im Zeitalter von Globalisierung und engmaschiger medialer Vernetzung längst zu einem europäischen, vielleicht sogar weltweiten Verteilungsstreit zwischen den Städten und Regionen der Industriestaaten geworden. Um hierin bestehen zu können, müssen die Potenziale, die in den gegebenen Voraussetzungen liegen, geweckt und optimal genutzt werden. Unseren Städten fällt dabei eine wegweisende Schrittmacherfunktion zu. Sie sind die Motoren für die Regionalentwicklung. Deshalb müssen ihre Funktionen auch für die Entwicklung des Umlandes berücksichtigt werden. Städte haben im Regelfall eine historische bedingte Leitfunktion. Städte müssen sich auch in Zukunft als Sozialgemeinschaft mit kulturstiftendem Auftrag verstehen. Weltweit erkennbare Tendenzen der Städte als Notstandsentwicklungszentren – Metropolen in Südamerika oder Afrika – müssen korrigiert werden. Die Folgen für das soziale Miteinander, zum Beispiel Großstadtverwahrlosung, Kriminalität, Massenprostitution, etc. geben hier zum Teil dramatische Signale.

Städte müssen demnach in Folge nationaler Politik ihre Aufgaben als Regionalmotoren erhalten und ausbauen können.

Das gilt erstens in wirtschaftlicher Hinsicht: Hier haben die größeren Städte einen Start- und Standortvorteil gegenüber kleineren und mittleren urbanen Zentren. Aufgrund ihrer Größe finden Unternehmen in den größeren Städten günstigere Voraussetzungen im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen, für Aus- und Weiterbildung sowie für den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Innovationen an Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen. Hier steht das größte Reservoir an Arbeitskräften zur Verfügung und durch die Anbindung an Autobahnen, Hochgeschwindigkeitsstrecken für Züge oder Flugverbindungen sind sie schnellster erreichbar. Deshalb wird der Trend zur Konzentration des Arbeitsplatzangebotes in den größeren Städten weiter anhalten, auch wenn im Gegenzug ihre Bevölkerungszahlen in den Kernstädten eher sinken als weiter steigen werden, weil die Arbeitsplatzinhaber sich bevorzugt in den angrenzenden Umfeld der Großstädte ansiedeln, statt direkt in der Stadt zu wohnen. Außerdem nimmt die Trennung von Arbeits- und Wohnort auch aus umweltpolitischen Gesichtspunkten stetig zu. Tendenzen, dass Sozialisation und Integration nicht mehr gelingt müssen dabei erkannt werden, ich nenne das sogenannte Schlafstadtproblem.

Hier stellt sich ein wichtiges Thema für Stadtpolitik. Die städtebauliche Leitplanung muss klare Vorgaben für Familienfreundlichkeit und Sozialintegration geben. Es geht dabei nicht um Vereinheitlichung wie zu DDR-Zeiten, ich denke zum Beispiel an die politische Absicht, die mit der Errichtung der Standardblöcke mit Standardwohnungen verfolgt wurde.

Nein, städtebauliche Leitidee muss ein integratives Konzept von individueller und gemeinschaftlicher Bebauung, von Handel- und Dienstleistung und familienstützenden Einrichtungen sein. Gerade kleine und mittlere Städte haben hier besondere Chancen. So besteht auch eine Möglichkeit die jeweilige Größe positiv zu nutzen. Die Attraktivität als Wohnort muss auch für die Ansiedlung von Industriebetrieben oder Dienstleistungsunternehmen genutzt werden. Gerade für Unternehmen ist ein entsprechendes Sozialklima im Umfeld wichtig. Das Umland von Städten muss bei der Erfüllung dieser Aufgabe hilfreich sein.

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Angebots an öffentlichen Dienstleistungen, an Einrichtungen für Gesundheit, Bildung und Kultur und eine günstige Verkehrsanbindung können die Attraktivität kleiner und mittlerer Städte als Wirtschaftsstandort erhöhen.

Städte haben zweitens in kultureller Hinsicht eine herausragende Bedeutung. Kultur möchte ich in diesem Zusammenhang im weiten Sinn verstanden wissen, nicht reduziert auf den „klassischen“ Kulturbereich wie Museen, Galerien, Theater und Orchester. Städtische Zentren können vielmehr auch im umfassenden Sinn Kristallisationspunkte regionaler Kultur sein. Sie können sich zum Orientierungs- und Identifikationsmaßstab für die Bewohner ganzer Regionen entwickeln, Traditionen können aufgebaut und gepflegt werden. Gerade im Eichsfeld gibt es dazu gute Beispiele. Auch diese Entwicklung erfordert eine ausgewogene Verbindung mit dem Umland bei aller gemeindlichen Identitätspflege. Das Marketing kann ebenfalls nur gemeinschaftlich erfolgen. Das gilt im übrigen für Thüringen insgesamt. Die Chancen von und mit Weimar, der Kulturhauptstadt Europas 1999, sind in diesem Sinn nur teilweise genutzt worden. Deshalb, die Stadtentwicklung muss im Gesamtzusammenhang der Regionalentwicklung und Landesentwicklung gesehen werden. Starke Städte als funktionale Zentren **und** gut entwickelte ländliche Räume bieten die besten Voraussetzungen dafür, dass sich eine ausgeprägte regionale Identität und regionales Selbstbewusstsein entwickeln können. Landesentwicklung, Raumplanung und Städteplanung berücksichtigen diese Tatsachen in Thüringen ebenso wie die Thüringer Förderpolitik für die ländlichen Räume.

Städte haben drittens im Blick auf Politikgestaltung eine wesentliche Aufgabe. Gerade die Globalisierung mit der Chance weltweiter Mobilität und Information braucht die Stärkung der kleinen, überschaubaren, identifizierbaren und erklärbaren Räume. Ich glaube nicht an den Weltbürger mit allumfassender Kenntnis und rationalem Verständnis für globale Zusammenhänge und Notwendigkeiten. Natürlich gibt es auch die „Global-Player-Menschen“, aber die Mehrzahl wird nicht in dieser Situation sein. Politische Teilhabe und Teilnahme braucht ein Gesicht. Gerade bürgerschaftliches Engagement benötigt den direkten Kontakt und den Blick auf das Ziel des konkreten Einsatzes. Die Bedeutung der Kommunalpolitik wird deshalb wachsen. Deshalb, Europa wird eine gute Zukunft haben, wenn es uns gelingt die Kompetenzabgrenzung nicht von Oben zu zuordnen sondern, so wie es der Grundsatz der Subsidiarität auch aussagt, von Unten aufzubauen.

Politische Entscheidungen und Handlungen werden vor Ort greif- und nachvollziehbar. Die Repräsentanten sind sichtbar und stehen Rede und Antwort. Die Wahlbeteiligungen und häufig die persönlichen Wahlergebnisse kommunaler Spitzen sind dafür Beweis. Die Vertrauensebene für die repräsentative Demokratie, das Bürger Verantwortung für Bürger übernehmen, so will ich diesen Erfahrungsraum bezeichnen. Natürlich gibt es auch negative Beispiele aber die Chancen für positive Erfahrungen liegen auf der Hand, hier in Heiligenstadt ist uns das deutlich. D. h. der

Grundauftrag, Politik als Suche nach dem „Besten der Stadt“ wird gerade in einer globalisierten Welt an Bedeutung gewinnen.

Nicht Provinzialismus oder Abschottung sind damit gemeint, nein, selbstverständlich muss Politik mit klaren Zielvorstellungen von internationalen und nationalen Aufgaben präsent sein. Dieses Grundverständnis müssen auch Kommunalpolitiker vermitteln können.

Auch die direkte Teilhabe der Menschen an Politik gelingt auf kommunaler Ebene sehr erfolgreich. Die vielfältigsten Formen bürgerschaftlichen Engagements sind gesellschaftsprägend und geben der Stadt Konturen.

Städte sind somit im umfassenden Sinn Lehr-, Lern- und Gestaltungsraum für Demokratie. Diese drei Segmente: Wirtschaft, Kultur und Demokratie, die für die Stadtentwicklung bezeichnend sind stellen auch die Aufgaben für die Stadtentwicklung.

Wie stellt sich Stadtentwicklung in Zukunft dar? Einige Hinweise.

Wie ich schon erwähnte, die Grundfragen und die Herausforderungen für die Stadtentwicklung sind sich in ganz Europa überall sehr ähnlich. Aber die Voraussetzungen, die wir in den verschiedenen Staaten, Ländern und Regionen vorfinden, weichen doch stark voneinander ab. Es gibt deshalb keine gesamteuropäischen Patentlösungen für die Stadt- und Regionalentwicklung. Das sollte man nicht bedauern, denn in der geschichtlichen und kulturellen Vielfalt lag und liegt eine der Stärken Europas. Vereinheitlichung hieße Monotonie statt Mannigfaltigkeit.

Notwendig sind maßgeschneiderte Lösungen, die sich an den historisch gewachsenen Gegebenheiten, den kulturellen Traditionen, den Bedürfnissen der Menschen und den Entwicklungschancen orientieren müssen. Sie dürfen den Bewohnern nicht aufgezwungen werden, sondern sollen mit ihnen und für sie entwickelt werden. Die kommunale Selbstverwaltung mit ihren Möglichkeiten der direkten und indirekten Beteiligung der Bürger bietet dazu in Thüringen gute Voraussetzungen. Lebendige Regionen brauchen aktive Bürger. Sie gestalten letztendlich konkret vor Ort all das, wofür die Politik nur Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen kann. Gerade in dieser Tatsache liegt auch mein großer Optimismus begründet, dass die Entwicklung unserer Städte und Regionen in Thüringen weiter aufwärts gehen wird, Heiligenstadt steht beispielhaft. Denn die Menschen in unserem Land haben bewiesen, dass mit Engagement, Kreativität und Beharrlichkeit vieles vorangebracht werden kann. Wir werden uns dafür vehement einsetzen, dass dieses so bleibt und keine Verhältnisse wie in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder leider

bald auch in Berlin eintreten. Denn politische Stabilität und Verlässlichkeit sind wichtige Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung.

Um die Chancen Thüringens im europäischen und weltweiten Wettbewerb weiter zu verbessern, bedarf es ungebrochener Anstrengungen. Auch unsere Konkurrenten schlafen nicht. Deshalb muss der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auch in den kommenden Jahren Vorrang behalten. Das gilt sowohl für die Anbindungen an die europäischen Autobahn- und Hochgeschwindigkeitsbahnnetze, als auch für die regionalen Verkehrswege auf Schiene und Straße.

Genutzt werden müssen auch die Chancen, die in den modernen Kommunikationstechniken liegen. Sie ermöglichen den Austausch von Daten und Informationen über große Entfernungen hinweg. Auf diesem Weg können beispielsweise die öffentlichen Verwaltungen bürger- und wirtschaftsfreundlich ihre Dienstleistungen anbieten, ohne überall mit Personal und Büros vertreten zu sein. Das bedeutet, dass die Städte und Landkreise nicht nur über Informationsseiten im Internet verfügen, sondern dass Möglichkeiten geschaffen werden, Behördengänge durch Online-Besuche bei den öffentlichen Dienststellen zu ersetzen. Das Stichwort e-gouvernement hat auch eine Übersetzung auf städtischer Ebene - e-Rathaus. Rationalisierung und Kosteneinsparungen in diesem Bereich können durch enge Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden erreicht werden.

In der engen Zusammenarbeit unserer kleineren und mittleren Städte untereinander und mit ihrem Umland steckt meines Erachtens noch ein erhebliches, bisher noch nicht ausreichend genutztes Potenzial. Gemeinsames, koordiniertes Handeln macht stark und verschafft die Vorteile, die nötig sind, um im nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen. Netzwerke zwischen den Thüringer Städten – und auch über die Landesgrenzen hinaus – ermöglichen es, Synergieeffekte zu erzeugen und die Leistungsfähigkeit zu verbessern sowie das Marketing effizienter zu gestalten. Die Landespolitik und auch die Bundespolitik haben die Aufgabe, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu sichern, dass die Stadtpolitik ihre Aufgaben umfassend wahrnehmen kann. Die Diskussion zu den Kommunalfinzen, zur Steuerpolitik und zu Strukturhilfen sind deshalb wichtig und Bund bzw. Länder müssen sich der Bedeutung der Städte bewusst sein. Gerade seit 1998 hat die amtierende Bundesregierung aber durch Gesetzesnovellen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen erheblich eingeschränkt. Die Kindergelderhöhung von 30 DM belastet die Kommunen mit 1,3 Mrd. DM; die Steuerreform, die Familienentlastung und die Entfernungspauschale belasten sie mit 11,3 Mrd. DM und die Rentenreform belastet sie mit 5 Mrd. DM. Dieser Trend muss umgekehrt werden.

Richtig ist, alle öffentlichen Haushalte konsolidiert werden. Aber es darf dabei keine Verschiebebahnhöfe für Belastungen geben.

Einige wichtige Stichworte, die für die Zukunft geklärt werden müssen will ich noch nennen. Im Blick auf die europäische Entwicklung und veränderte Marktsituation muss das Thema kommunalwirtschaftliches Engagement im Blick auf die Frage, was ist als Daseinsvorsorge aktuell und in Zukunft zu sichern, geführt werden. Das Interesse, Wettbewerb zum Vorteil für den Bürger zu organisieren, muss in seinem Spannungsbogen zum kommunalen Wirtschaftsengagement gesehen werden. Die Liberalisierung auf dem Energiemarkt hat erste Entwicklungen bewirkt. Diese Diskussion bleibt spannend.

Das Stichwort städtebauliches Leitbild bietet reichhaltige Betätigungsfelder. Das städtebauliche Leitbild muss auf die Funktionen, die die Stadt erfüllen will und muss eine zeitgerechte und akzeptierte Antwort finden. Einige Punkte sind: bauliche Vielfalt, Verkehrswege, Handel und Dienstleistung, Fremdenverkehr und Tourismus, soziale Einrichtungen, Kulturangebote, Situation für Familien, Wirtschaft und Wissenschaft, Bildung.

Ein Stichwort liegt mir noch besonders am Herzen. Zukünftig wird noch stärker der erfolgreiche „Kampf um die besten Köpfe“ über unsere Zukunft entscheiden. Wohlstandssicherung und Wohlstandsmehrung, übrigens gilt das weltweit, wird nicht über Solidaritätsappelle und Verteilungsmechanismen erreicht werden, sondern nur durch wirtschaftlichen Wachstum.

Das Zeitalter der Informationen lässt den Rohstoff Geist zu einem außergewöhnlichen Wert werden.

Es kommt also auf Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen an. Wissenschaft, Forschung und Technologie beinhalten die Schlüssel für wettbewerbsfähige Produkte, und gilt für Industrie und Dienstleistung.

Städte müssen also mithelfen und drängen, dass in diesen Feldern Bildung, Ausbildung und Forschung ihr Gesicht erkennbar und attraktiv wird. Junge Menschen suchen nach Ausbildungs- und Studienorten, die Wirtschaft geht auf die Suche nach Standorten. Hier bieten sich besondere Chancen für Städte mit ausgewogener, lebenswerter und zukunftsöffener Atmosphäre.



„Zukunft Stadt – Stadtpolitik im vereinten Europa“ dieses Thema ist Auftrag für die Stadt ihre Möglichkeiten zu suchen. Globalisierung und Mobilität bieten nicht Gefahren sondern halten vielfältige Chancen bereit.

Orientierung ist gefragt, diese kann die Stadt geben. Damit hat sie eine Bedeutung für die Gesellschaft insgesamt. Sie muss der Motor für Entwicklungen sein. Sie muss menschlich, familienfreundlich und modern sein. Sie muss eigenständig aber in einem Netzwerk existieren. Sie muss für Identifikation sorgen und Integration leisten.

Ich bin zuversichtlich, dass es gelingen wird, die Thüringer Städtelandschaft mit ihren urbanen Kernen und ihrem ländlichen Umfeld in diesem Sinn weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist klar, wir wollen Thüringen auf den Platz unter den deutschen Ländern führen, den es ohne Mauer, Stacheldraht und SED-Staat einnehmen würde. Thüringen ist auf gutem Weg und Heiligenstadt setzt ein gutes Beispiel.